

Peru: Aufarbeitung der "Zeit der Angst"; die Wahrheitskommission fordert die politische Kultur des Landes heraus

Oettler, Anika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oettler, A. (2003). *Peru: Aufarbeitung der "Zeit der Angst"; die Wahrheitskommission fordert die politische Kultur des Landes heraus*. (Brennpunkt Lateinamerika, 18). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443781>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 18

30. September 2003

ISSN 1437-6148

Peru: Aufarbeitung der „Zeit der Angst“

Die Wahrheitskommission fordert die politische Kultur des Landes heraus

Anika Oettler

Die peruanische „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ hat am 28. August 2003 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Es handelte sich dabei um ein Ereignis von großer politischer Tragweite, da in der 22-monatigen Arbeit der Kommission die gewaltsamen Konflikte der Vergangenheit in zivilen, demokratischen Formen verhandelt werden mussten. Seit der Beendigung des Kalten Krieges hat sich die Einsetzung von Wahrheitskommissionen weltweit zu einem konventionellen Mittel der Aufarbeitung von Vergangenheit entwickelt; in Lateinamerika wurde mit der peruanischen „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ zum zehnten Mal ein Versuch unternommen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts systematisch verübten Menschenrechtsverletzungen durch eine solche Institution aufzuklären. In Peru nun stand erstmals nicht die Geschichte des Staatsterrorismus im Mittelpunkt der Untersuchung, sondern die Entwicklung der aufständischen Gewalt, die ein für Lateinamerika einmaliges Klima von Angst und Terror erzeugt hatte. Die Tätigkeit der peruanischen Wahrheitskommission belegt dabei gleichzeitig das Potential einer solchen Form der institutionalisierten Wahrheitsfindung wie es auch die strukturellen Schwächen dieses vergangenheitspolitischen Instrumentes illustriert. In einem gesellschaftlichen Kontext, der durch die soziale Exklusion breiter Bevölkerungsschichten, durch eine wachsende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und schließlich durch oftmals gewalttätige Proteste gekennzeichnet ist, stellt sich die Frage nach den Inhalten der ermittelten Wahrheit und den Perspektiven einer gesellschaftlichen Versöhnung.

Die aufzuarbeitende Vergangenheit

Während des Kalten Krieges herrschten in den meisten lateinamerikanischen Ländern Militärdiktaturen, die Angst und Terror verbreiteten. Das Arsenal der Repressionstechniken reichte von Ausgangssperren, öffentlichen Demütigungen, Zensur, Folter, Vergewaltigungen, Hinrichtungen, dem spurlosen Verschwindenlassen von Personen bis hin zur Massakrierung ganzer Dörfer. Auch in Peru wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch Terror verübt, doch war

dies Ausdruck einer für Lateinamerika atypischen Entwicklung. Die jüngste Periode der offenen Militärherrschaft begann mit dem Putsch von General Juan Velasco Alvarado 1968 und der Absetzung des gewählten Präsidenten Fernando Belaúnde Torre (*Acción Popular*, AP). In der Folge des sozialistisch inspirierten Umsturzes wurde eine umfassende Agrarreform durchgeführt und mehrere Industriezweige verstaatlicht. General Fernando Bermudez Cerruti, der 1975 das Ruder übernahm, leitete den Übergang zu

einer demokratischen Regierungsform ein. Nachdem Belaúnde 1980 mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, legte er ein wirtschaftspolitisches Programm auf, das das Land an den Rand des Ruins brachte.

1970 trat im Department Ayacucho in den peruanischen Anden zum ersten Mal der *Partido Comunista del Peru – Sendero Luminoso* (Kommunistische Partei Perus – Leuchtender Pfad) in Erscheinung. Die maoistische Gruppierung unter dem Philosophieprofessor Abimael Guzmán alias *Presidente Gonzalo* zeichnete sich durch eine extreme Stadtfeindlichkeit aus. *Sendero Luminoso* nahm nach dem Amtsantritt von Präsident Belaúnde den bewaffneten Kampf auf und operierte zunächst vor allem in Ayacucho und der Hauptstadt. Im Dezember 1982 wurde das Militär mit der Aufstandsbekämpfung betraut, und dies markierte den Beginn des schmutzigen Krieges. Die Landbevölkerung geriet zwischen die Fronten von *Sendero* und Militär und wurde zur Zielscheibe beider. Zudem war 1984 mit dem *Movimiento Revolucionario Túpac Amaru* (MRTA; Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru, benannt nach dem letzten Inka-Herrscher, der gegen die spanischen Eroberer Widerstand leistete) eine Guerillaorganisation castristischer Couleur entstanden, die von *Sendero Luminoso* ebenfalls bekämpft wurde.

Der 1985 gewählte Präsident Alan García Pérez war zwar mit dem Versuch einer weniger blutigen Lösung angetreten, doch dies änderte sich mit der Gefängnisrevolte von 1986. Im Juni wurde die Rebellion von *Sendero*-Häftlingen in mehreren Gefängnissen des Landes blutig niedergeschlagen und 249 Gefangene exekutiert, zum Teil nachdem sie sich ergeben hatten. Dieser Vorfall zeigte die relative Schwäche des Präsidenten gegenüber den Streitkräften und markierte den Beginn des flächendeckenden Terrors, der von beiden Kriegsparteien ausgeübt wurde. Guzmán zielte auf die Schaffung „befreiter“ Gebiete im Landesinneren, um von dort aus die Hauptstadt zu erobern. Auf dem Weg in das Zentrum der Staatsmacht wurden Tausende von *Campesinos*, Bürgermeistern und indigenen Autoritäten ermordet.

Während sich die blutige Auseinandersetzung auf ganz Peru zu erstrecken begann, befand sich die Wirtschaft im freien Fall, und so wurden die Wahlen von 1990 zu einem Duell zwischen zwei nicht-traditionellen Kandidaten: Mario Vargas Llosa und Alberto Fujimori. Der siegreich aus den Wahlen hervorgegangene Fujimori führte angesichts der unausgesetzten Krise im April 1992 einen Selbstputsch durch und setzte die Verfassung außer Kraft. Als im September 1992 Abimael Guzmán und weitere Führungsmitglie-

der des *Sendero* verhaftet wurden und die Ikone des Schreckens in einem Gitterkäfig vorgeführt wurde, endete die heiße Phase der bewaffneten Auseinandersetzung.



Presidente Gonzalo im Gefängnis-Käfig: Das berühmte Foto von Abimael Guzmán nach seiner Festnahme.

1993 präsentierte die Regierung ein von dem *Sendero*-Führer im Gefängnis unterzeichnetes Friedensabkommen. Die autoritäre und etwa 25.000 Mitglieder zählende Guerillaorganisation zerfiel bald nach der Festnahme ihres Führers, der einen immensen Personenkult hatte praktizieren lassen. In der Folge führte im Wesentlichen eine kleinere *Sendero*-Gruppe um „Feliciano“ (Oscar Ramírez Durand) den bewaffneten Kampf fort, bis auch sie 1999 zerschlagen wurde. Der MRTA, dessen Gründer Victor Polay Campos bereits 1989 festgenommen worden war, weigerte sich indes, ein Friedensabkommen zu unterzeichnen und kämpfte weiter.

Mit Fujimoris Selbstputsch von 1992 hatte eine autoritäre Phase begonnen, die, wie es der Wahlsieg von 1995 zeigte, von der peruanischen Bevölkerung zunächst unterstützt wurde. Vladimiro Montesinos, der berühmte Sicherheitsberater Fujimoris, errichtete auf den Pfeilern des Geheimdienstes ein düsteres Regime. Nach der Festsetzung des Kopfes des *Sendero Luminoso* wurde das Fortbestehen kleinerer Guerillaeinheiten instrumentalisiert, um nach Belieben politische Gegner auszuschalten, die von Militärgeschichten wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt wurden.

Sendero Luminoso verlor ab den frühen 1990er Jahren die anfänglich durchaus vorhandene Unterstützung durch die Bevölkerung. Schätzungsweise 15% der Bevölkerung hatte die Organisation, die etwa ein Viertel der Gemeindeverwaltungen kontrollierte, vor der Gefangennahme ihres Anführers unterstützt (McClintock 1999: 236). Als sich die Bevölkerung Anfang der 1990er Jahre gegen *Sendero* aufzulehnen begann, wurden die bereits unter Präsident Belaúnde eingeführten *Rondas Campesinas* (bäuerliche Selbstverteidigungskomitees) zu einem Pfeiler der Aufstandsbekämpfungsstrategie. 1993 wirkten 4.000 *Rondas Campesinas* mit insgesamt 300.000 Mitgliedern als verlängerter Arm des Militärs.

Im Vorfeld der Wahlen 2000 führte das Fujimori-Regime einen schmutzigen und von korrupten Journalisten unterstützten Wahlkampf. Noch vor der Stichwahl im Mai 2000 reiste das Wahlbeobachtungsteam der OAS protestierend ab, und Fujimoris Herausforderer Alejandro Toledo zog seine Kandidatur zurück. Nachdem durch Videoaufnahmen belegt wurde, dass Fujimori die Mehrheit im Kongress durch die Bestechung von Oppositionspolitikern wieder herstellen wollte, setzte er sich nach Japan ab, und auch Montesinos verließ das Land.

Interimspräsident wurde Valentín Paniagua von *Acción Popular* (AP). Die öffentliche Meinung war von dem Wunsch nach einer moralischen Wende und der Beendigung (und Ahndung) von Korruption und Terror getragen.

Zusammenbruch des Fujimori-Regimes und der Ruf nach einer moralischen Wende

Die nach der Flucht Fujimoris gewählte Übergangsregierung stand vor der Herausforderung, das in den vergangenen Jahren von Fujimori und Montesinos geflochtene kriminelle Netzwerk aufzulösen und eine Abkehr von den menschenrechtsverletzenden und illegalen Praktiken der Vergangenheit zu demonstrieren. Gleichzeitig zu dem Versuch, Protagonisten des Fujimori-Regimes strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen und dem Bemühen um eine personelle „Säuberung“ des Staatsapparates wurde ein Weg gewählt, der geeignet schien, die neue politische Kultur zu beweisen.

Paniagua dekretierte am 4. Juni 2001 die Einsetzung einer Wahrheitskommission (*Comisión de la Verdad*, Dekret Nr. 065-2001-PCM), die damit beauftragt wurde, die zwischen Mai 1980 und Dezember 2000 von terroristischen Gruppen oder vom Staat verübten Verbrechen aufzuklären. Die Wahrheitskommission wurde, mit anderen Worten, eingesetzt, um die Geschichte der politi-

schen Gewalt zu untersuchen, die in den letzten beiden Dekaden schätzungsweise 25.000 bis 30.000 Todesopfer und 600.000 Vertriebene produziert hatte. Am 31. August 2001 modifizierte der Nachfolger Paniaguas, Alejandro Toledo, das vergangenheitspolitische Instrument durch den Erlass eines zweiten Dekretes (Nr. 101-2001-PCM). Mit der Namensänderung in „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ (*Comisión de la Verdad y Reconciliación*) wurde die Zielvorgabe in den Namen integriert, „die Basis für einen tiefgreifenden Prozess der nationalen Versöhnung“ zu schaffen, so die Präambel. Die beiden weiteren Modifikationen betrafen die Erhöhung der Zahl der Kommissionsmitglieder von sieben auf zwölf sowie die Erweiterung des Arbeitszeitraumes um einen Monat.

Das Mandat der Kommission

Die Kommission sollte ihre Untersuchung in einem Zeitraum von 18 Monaten abschließen und konnte eine Verlängerung um weitere fünf Monate in Anspruch nehmen. Sie sollte sich auf Morde, Entführungen, Verschwindenlassen, Folter, die Verletzung der kollektiven Rechte der „andinen und nativen“ *comunidades* und andere schwerwiegende Taten konzentrieren und dabei auch die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen der „tragischen Gewaltsituation“ durchleuchten. Im Mandat wurde unterstrichen, dass die Kommission nicht mit juristischen Kompetenzen ausgestattet sei – und somit keineswegs das Justizsystem und das für die Einleitung von kriminalistischen Untersuchungen zuständige Ministerium ersetzt. Gleichwohl sollte die Kommission zur Aufklärung der Verbrechen durch das Justizsystem beitragen (Art. 2, Dekret Nr. 065-2001-PCM). Damit wurde expliziert, dass die Arbeit der Wahrheitskommission zwar einen alternativen Weg des Umgangs mit der Vergangenheit darstellt, gleichzeitig jedoch die strafrechtliche Ahndung der Verbrechen vorzubereiten vermag. So wurde im Mandatstext darauf verwiesen, dass die Kommission das Schicksal der Opfer aufklären und, „soweit möglich, die mutmaßlichen Verantwortlichkeiten (*presuntas responsabilidades*)“ bestimmen sollte (Art. 2, Dekret Nr. 065-2001-PCM). Mit dieser Formulierung wurde die Nennung der Täternamen – die Individualisierung der Verantwortung – nicht ausgeschlossen und damit der peruanischen Wahrheitskommission eine Möglichkeit eröffnet, die in anderen lateinamerikanischen Ländern immer das Säbelrasseln des Militärs provoziert hatte.

Die Zusammensetzung der Kommission

Zu den größten Streitpunkten im Vorfeld der Einsetzung einer Wahrheitskommission zählt gewöhnlich ihre Zusammensetzung, da diese bereits das „historische Urteil“ der Kommission nahe legt. Während in anderen Ländern versucht wurde, eine größtmögliche „Objektivität“ durch die Ernennung ausländischer Kommissionsmit-

glieder zu gewährleisten (in El Salvador bestand die Kommission ausschließlich aus Ausländern, in Guatemala wurde sie unter den Vorsitz des deutschen Völkerrechtsprofessors Christian Tomuschat gestellt), bestand der peruanische Weg zur Ausgewogenheit in der Ernennung einer Vielzahl von Mitgliedern.



Dr. Salomón Lerner Febres, Philosoph, Rektor der *Pontificia Universidad Católica del Perú*. Hat u.a in Berlin, Köln und Tokio gelehrt und geforscht. Buchveröffentlichung: *La esencia del nihilismo en el pensamiento de Martin Heidegger* (Lima, 1998).



Dr. Beatriz Alva Hart, Anwältin. War unter Fujimori Kongressabgeordnete und Vize-Arbeitsministerin.



Dr. Rolando Ames Cobián, Soziologe am *Instituto Diálogo y Propuestas* und an der *Pontificia Universidad Católica del Perú*; von 1985 – 1990 Senator; Vorsitzender der Untersuchungskommission zum Gefängnis-massaker von 1986.



Monseñor José Antúnez de Mayo, Salesianer, früher an der Erzdiözese Ayacucho.



General (i.R.) Luis Arias Grazziani, General der Luftwaffe im Ruhestand. Führungsposition unter General Velasco Alvarado (1968-1975), gilt als Experte in Fragen der Nationalen Sicherheit.



Dr. Enrique Bernaldes Ballesteros, Jurist, Direktor der *Comisión Andina de Juristas*; 1980-1992 Senator, Vizepräsident des Senats von 1990-1991.



Dr. Carlos Iván Degregori Caso, Anthropologe, Professor an der *Universidad Nacional Mayor de San Marcos*, Mitarbeiter des renommierten *Instituto de Estudios Peruanos*. (IEP); Buchveröffentlichung: *El surgimiento de Sendero Luminoso*. Ayacucho 1969-1979, Lima 1990.



Gastón Garatea Yori, Geistlicher (*Sagrados Corazones*), Präsident des „Runden Tisches zur Armutsbekämpfung“ (*Mesa de Concertación de Lucha contra la Pobreza*).



Pastor Humberto Lay Sun, Architekt, Pastor der protestantischen *Asambleas de Dios*, Mitglied des Nationalen Konzils der evangelischen Kirche Peru CONEP.



Sofía Macher Batanero, Soziologin, ehemalige Vorsitzende der Menschenrechtsvereinigung *Coordinadora Nacional de Derechos Humanos*.



Ing. Alberto Morote Sánchez, ehemaliger Rektor der *Universidad San Cristóbal de Huamanga*, Präsident des „Übergangsrates für die Verwaltung der Regionen“ (CTAR) in Ayacucho.



Carlos Tapia García, Ingenieur, politischer Publizist mit dem Schwerpunkt *Sendero Luminoso*.



mit Beobachterstatus:
Monseñor Luis Bambarén Gastelumendi, Bischof von Chimbote und Präsident der peruanischen Bischofskonferenz

Quelle: Homepage der „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ (Stand: 15.8.2003) www.cverdad.org.pe (ergänzt durch weitere biographische Angaben)

Nachdem die ersten sieben Mitglieder der Kommission im Juli 2001 ernannt worden waren, wurde die ideologische Unabhängigkeit der Wahrheitskommission, die unter dem Vorsitz des Philosophen Salomón Lerner Febres stand und Beatriz Alva Hart, Enrique Bernales Ballesteros, Carlos Degregori Caso, Gastón Garatea Yori, Alberto Morote Sánchez und Carlos Tapia García zu ihren Mitgliedern zählte, sogleich in Frage gestellt. Im Mittelpunkt der Kritik stand die Ernennung von Alva Hart, die 2000 als Anhängerin Fujimoris Abgeordnete im Kongress gewesen war und die vor diesem Hintergrund ungeeignet schien, die Amtszeit Fujimoris kritisch aufzuarbeiten. Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten zudem die Tatsache, dass weder ein indigenes Kommissionsmitglied noch eines aus dem Spektrum der Menschenrechtsorganisationen berufen worden war und zudem in der Kommission (deren Mandat keine *Gender-Perspektive* explizierte) lediglich eine Frau vertreten sein sollte.

Auf diese Kritik reagierte der neu gewählte Präsident Alejandro Toledo mit dem bereits erwähnten zweiten Dekret zur Einrichtung der Wahrheitskommission und mit der Ernennung von fünf weiteren Kommissionsmitgliedern und einem Beobachter. Die „Objektivität“ der Kommission sollte durch die Ernennung eines katholischen und eines evangelischen Geistlichen, eines Soziologen, einer Menschenrechtsaktivistin (die zugleich den Frauenanteil verdoppelte) und eines ehemaligen Luftwaffengenerals erhöht werden. Toledo: „Es wurde ein außerordentlicher Versuch unternommen, um in der Kommission Pluralismus und verschiedene Sichtweisen zu verankern, damit jedes Kommissionsmitglied seinen Beitrag leisten und die Arbeit, die die Kommission dem Land übergeben soll, bereichern kann.“ (zit. nach *La República*, 6.9.2001).

Auf dem Weg zu Wahrheit und Versöhnung

Das Projekt der Untersuchung von Zehntausenden von Verbrechen innerhalb von wenigen Monaten entstand nicht aus dem Nichts. Im Gegenteil, bei der Umsetzung dieses Vorhabens konnte auf eine Vielzahl von Erfahrungen zurückgegriffen werden, die in den vergangenen Jahren in anderen Ländern gesammelt wurden. Die peruanische Wahrheitskommission, die in den 22 Monaten ihres Bestehens eine Vielzahl von Aktivitäten auf nationaler und regionaler Ebene entfaltete, Tausende von Zeugen hörte und Tausende von Seiten verfasste, konnte nur deshalb so erfolgreich sein, weil sie in der Projektpraxis von internationalen Experten unterstützt wurde. Für die

Entwicklung einer global anwendbaren Methodologie der institutionalisierten Wahrheitsfindung setzten sich in den vergangenen Jahren Juristen, Psychologen, Sozialwissenschaftler und Statistiker ein, die für eine oder mehrere Wahrheitskommissionen gearbeitet haben oder an das *International Center for Transitional Justice* mit Sitz in New York angebunden sind. Die Tätigkeit und das Produkt der peruanischen Wahrheitskommission weisen insbesondere Spuren der südafrikanischen und guatemalteckischen Erfahrung auf.

Die peruanische Wahrheitskommission war die erste lateinamerikanische Kommission, die öffentliche Anhörungen abhielt. Die insgesamt 21 Hearings fanden vielfach auch in abgelegenen Teilen des Landes statt, etwa in Huanta, Huancayo, Huancavelica, Lima, Tingo María, Abancay, Trujillo, Chumbivilcas, Cusco, Cajatambo, Pucallpa, Tarapoto, Huánuco und Chungui. An diesen Veranstaltungen nahmen 9.500 Menschen teil, 422 Personen legten eine Zeugenaussage ab. Während in einigen Anhörungen versucht wurde, die regionale Geschichte der politischen Gewalt aufzuarbeiten, konzentrierten sich andere auf zentrale Themen, zu denen sowohl Zeugenaussagen als auch Expertenmeinungen gehört wurden. Das Spektrum der Themen umfasste dabei

- die „Anti-Terror-Gesetzgebung“
- Gewalt gegen Frauen
- Repression an Universitäten
- das Bildungssystem und die Möglichkeiten von Menschenrechtserziehung
- Vertreibungen
- die politische Gewalt im Hochland Perus
- die Rolle der *Rondas Campesinas*.

Das erste Hearing fand am 8. April 2002 an der Universität San Cristóbal in Huamanga statt, an der wichtige Führungsmitglieder von *Sendero Luminoso* studiert und gelehrt hatten. Vorgetragen wurde eine Reihe von Zeugenaussagen, die gleichsam einen Querschnitt der politischen Gewalt der vergangenen beiden Jahrzehnte ergaben. Das erste öffentliche Zeugnis wurde von Angélica Mendoza de Ascarza vorgetragen. Ihr Sohn war als 19jähriger Universitätsstudent im Juli 1983 verhaftet worden und ist seitdem verschwunden. Angélica Mendoza gründete wenige Monate später, im September 1983, die peruanische Angehörigenorganisation *Asociación Nacional de Familiares de Detenidos, Secuestrados y Desaparecidos del Perú*, ANFASEP. Als sie im April 2002 öffentlich über das Erlebte zu spre-

chen begann, wandte sie sich an das versammelte Publikum und gab ihrer Freude darüber Ausdruck, in diesem gemeinsamen Rahmen sprechen zu können: „Wir werden mit Ihnen sein, alle gemeinsam, aber ich werde mein Quechua sprechen. Señor [Lerner, der Kommissionsvorsitzende], ñuqayá willakaykamusaykichik qamkunaman wawallaymanta primero.“ Die symbolträchtige erste öffentliche Zeugenaussage zeigte die Gratwanderung, die eine Wahrheitskommission unternehmen muss, wenn sie gleichzeitig eine nationale Zeremonie abhalten und der Lebenswelt mehrheitlich indigener Opfer gerecht werden will.

Das Kernstück der institutionalisierten Wahrheitsfindung ist die Aufnahme (und Auswertung) von Zeugenaussagen. Die Aufnahme der *testimonios* hat einerseits, da die Zeugenaussagen das Fundament der Beweisführung darstellen, eine zentrale prozessuale Bedeutung, andererseits bietet sie den Menschen die einmalige Gelegenheit, öffentlich Zeugnis über das Erlittene abzugeben. Um potentiellen Zeugen den Zugang zum Projekt der Wahrheitsfindung zu ermöglichen, errichtete die Kommission neben ihrer Zentrale fünf Regionalbüros in Lima, Huancayo, Huamanga, Huánuco und Abancay. In diesen Regionalbüros wurden zugleich die mit der Tätigkeit der Wahrheitskommission verbundenen Aktivitäten (Anhörungen, Ausstellungen) organisiert und die Arbeit mobiler Arbeitsteams koordiniert. Bis Januar 2003 wurden insgesamt 15.220 Zeugenaussagen gesammelt.

Darüber hinaus hat die Kommission insgesamt 1.700 Fotos zu einer Datenbank zusammengestellt, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Eine Auswahl von Bildern wurde zur Grundlage einer jüngst eröffneten Ausstellung „Yuyanapaq. Para recordar“, die in verschiedenen Regionen des Landes gleichzeitig über die „Zeit der Angst“ (*manchaytimpu*) informieren soll und bereits in den ersten Tagen Tausende von Besuchern angezogen hatte. Mit dem Fotoprojekt machte sich die Kommission die Erkenntnis zu Eigen, dass individuelles und kollektives Erinnern in bedeutendem Maße Bildern verhaftet ist.

Massaker und Exhumierungen

Die Wahrheitskommission führte drei Exhumierungen von Massengräbern in Chuschi, Lucanamarca und Totos durch, die weniger die Beweislage vervollständigen als die Notwendigkeit von Exhumierungsprozessen öffentlich anzeigen sollten. Lucanamarca, ein Dorf mit ca. 2.500 Einwohnern im Department Ayacucho, war einer der

Orte, die sich in den frühen 1980er Jahren gegen *Sendero Luminoso* aufzulehnen begannen und damit eine blutige Reaktion der Guerilla hervorriefen. Als die forensischen Anthropologen der Wahrheitskommission im November 2002 in Lucanamarca begannen, Massengräber auszuheben, legten sie die sterblichen Überreste von 64 Personen frei, die 1983 von *Senderistas* getötet worden waren. Mit dieser und den anderen beiden Exhumierungen demonstrierte die Wahrheitskommission ein *Procedere*, welches nicht nur den kriminalistischen Prozess der Freilegung und die Untersuchung der Skelette, sondern vielmehr die psychologische Betreuung von Angehörigen, Überlebenden und Dorfgemeinschaften sowie den sozialen Akt der würdevollen Bestattung umfasst. Für die Opfer aus Lucanamarca wurde Ende Dezember 2002 eine feierliche Zeremonie in Lima abgehalten, und im Januar 2003 wurden die Gebeine der Opfer auf dem Friedhof in Lucanamarca beigesetzt.

Aufklärung des Schicksals von Verschwundenen

Die Unwissenheit über das Schicksal von Verschwundenen, die in den 1970er Jahren zur Gründung der ersten Angehörigenorganisationen und zur Forderung nach der Einsetzung von Wahrheitskommissionen geführt hatte, hielt auch in Peru Tausende von Angehörigen psychologisch gefangen. Damit wurde die Aufklärung des Schicksals von Verschwundenen auch hier ein zentrales Anliegen der Wahrheitskommission und gemeinsam mit der *Defensoría del Pueblo*, dem Internationalen Roten Kreuz und der *Coordinadora Nacional de Derechos Humanos* durchgeführt. Die den vier Organisationen vorliegenden Fälle von Verschwindenlassen wurden in eine Liste aufgenommen, die der Öffentlichkeit am 5. November 2002 präsentiert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten 7.618 Fälle von Verschwindenlassen dokumentiert und in 84% der Fälle staatliche Stellen verantwortlich gemacht werden. Im Laufe der folgenden Monate geriet das Projekt zur Aufklärung des Verschwindenlassens immer mehr in den Hintergrund des Aufklärungsprozesses. In dem Maße, in dem über das historische Urteil spekuliert wurde, welches die Kommission verhängen würde, verschwand die erste historische Schuldzuweisung aus der Selbstdarstellung der Kommission. Zwar wurde die Liste der Verschwundenen weiterhin im Internet publiziert, doch verwies weder der Arbeitsbericht der Kommission noch die Zusammenstellung der Pressemitteilungen auf die prozentuale Schuldzurechnung, die staatliche Stellen

als Hauptverantwortliche bestimmte. Die Kommission stand in diesen Wochen kurz davor, ihr umfassendes Werk zur Geschichte der politischen Gewalt in Peru zu präsentieren.

Die Kommission – Apologetin oder Kritikerin des Terrors?

Von Beginn an war die Zusammensetzung der Kommission, die nicht nur Verbrechen dokumentieren, sondern diese auch in ihrem historischen Kontext analysieren sollte, Gegenstand heftiger Kontroversen gewesen. Aus dem rechten Spektrum des politischen Raumes kamen Stimmen, die einige Kommissionsmitglieder bezichtigten, den *Senderismo* verteidigen zu wollen oder aber Mitglied kommunistischer Parteien/Gruppen (gewesen) zu sein.

Die Guerillaorganisation MRTA indes veröffentlichte eine Erklärung, in der sie die Einsetzung der Kommission mit dem Verweis darauf ablehnte, das wahre Ziel derselben sei es, „den Widerstand des Volkes und sein bereits als Terrorismus charakterisiertes Recht auf Aufstand zu kriminalisieren“ und „das Image des peruanischen Staates und seiner bewaffneten Institutionen reinzuwaschen“ (www.voz-rebelde.de/comverd.html; 20.8.2003).

Anfang Juni 2003 entstand eine heftige Auseinandersetzung, als Sofia Malcher, Mitglied der Wahrheitskommission öffentlich äußerte, *Sendero Luminoso* sei „keine Bande von Delinquenten, sondern eine politische Partei mit einer fundamentalistischen Ideologie, die die Zerstörung des Systems beabsichtige“. Sogleich wurde der Wahrheitskommission erneut vorgeworfen, den Terror der Guerilla legitimieren zu wollen. Die Wahrheitskommission reagierte am 9. Juni 2003 mit einer Pressemitteilung, in der sie betonte, dass diese Charakterisierung es nicht ausschließe, die Verbrechen und kriminellen Methoden der maoistischen Guerilla zu verurteilen, und dass es darum gehe, den Gewaltprozess zu verstehen.

So zäh dieses sich wiederholende Muster einer Bezichtigung der Wahrheitskommission als Apologetin des Terrors und einer anschließenden Berichtigung durch die Kommission im einzelnen auch war, so zeigte es auch eines der entscheidenden Ergebnisse des Aufklärungsprozesses: Die Auseinandersetzung mit der peruanischen Vergangenheit wurde zu einem wichtigen Bestandteil der öffentlichen Debatte und damit der politischen Kultur.

Reden und Schweigen

Besonders deutlich zeigte sich dies, als die Kommission im Juni eine Reihe von „Bilanzierungsanhörungen“ durchführte. Bei diesen Hearings sollten Vertreter der Institutionen, die eine wichtige Rolle im Verlauf des blutigen Konfliktes gespielt hatten, die Gelegenheit erhalten, ihre Version der Geschehnisse darzulegen. Den Auftakt zu diesen Anhörungen bildete die Veröffentlichung von Videos mit den Aussagen von vier führenden Mitgliedern der Guerillaorganisationen am 10. Juni 2003. Dabei handelte es sich um Óscar Ramírez Durand (alias *Feliciano*), der nach der Verhaftung von Guzmán im Jahre 1992 die Leitung von *Sendero Luminoso* übernommen und einen Waffenstillstand abgelehnt hatte, sowie um Víctor Polay Campo, dem Gründer des MRTA und die MRTA-Führungskader Alberto Gálvez Olachea und Peter Cárdenas Schulte. Ramírez Durand, dessen Erklärung, wie auch die der anderen drei Guerilleros von einem *mea culpa* durchzogen war, versuchte die Entstehung des bewaffneten Kampfes zu erklären und betonte, dass der Versuch, die Bevölkerung mit Waffengewalt von ihrer Misere zu befreien, eine Sackgasse gewesen sei. Abimael Guzmán und seine ebenfalls inhaftierte Partnerin, Elena Aparraguirre, weigerten sich indes, eine öffentliche Erklärung vorzutragen.

Als die Wahrheitskommission aufgrund dieser Veröffentlichung, die sie mit dem Verweis darauf rechtfertigte, allen Beteiligten Gehör verschaffen zu wollen, unter starkem Beschuss stand, begannen die eigentlichen Hearings, bei denen in den folgenden Tagen Führungsmitglieder der bedeutendsten Parteien gehört wurden. Hochrangige Vertreter von *Acción Popular* (AP), unter anderem der ehemalige Interimspräsident Valentín Paniagua, wiesen die Verantwortung für die im Rahmen der bewaffneten Auseinandersetzung und unter Belaúnde (AP) begangenen Verbrechen von sich und verwiesen auf ihr Unwissen hinsichtlich der von Militär und Polizei begangenen „Exzesse“. Am 12. Juni erschien Ex-Präsident Alan García (APRA) vor der Kommission, präsentierte die Erfolge der Aufstandsbekämpfungsstrategie seiner Regierung und betonte, keine Menschenrechtsverletzungen angeordnet zu haben. Bedeutende Vertreter des *Fujimorismo* weigerten sich, wie auch Fujimori selbst, ein öffentliches Statement abzugeben. Damit gesellten sie sich zu den Hauptakteuren des Militärs und der Polizei, die ihre Aussage mit der Begründung verweigerten, mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung beschäftigt zu sein. (In wei-

ten Teilen Perus war der Ausnahmezustand noch nicht wieder aufgehoben worden, der Ende Mai verhängt worden war, um die von Lehrerstreiks angestoßenen Proteste einzudämmen).

Auch im unmittelbaren Vorfeld der Abschlusszeremonie wehrten sich zentrale Akteure gegen das Ergebnis der historischen Aufklärung. So ließ etwa die Vereinigung der Generäle und Admirale (ADOGEN) verlauten, dass Militär und Polizei in den 1980er Jahren mit Entschiedenheit, Verantwortungsbewusstsein und Patriotismus die peruanische Gesellschaft verteidigt hätten. Als am 28. August 2003 im Nationalpalast die Zeremonie zur Übergabe des Abschlussberichtes stattfand, fehlten in den Reihen des Publikums hochrangige Vertreter von Polizei und Militär. Der Kommissionsvorsitzende hielt eine bewegende Rede, in der er die Hauptergebnisse der Untersuchung vorstellte.

Zentrale Schlussfolgerungen der „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“

- Die Kommission schätzt die Zahl der Todesopfer auf 69.280 Personen (§2).
- *Sendero Luminoso* (PCP-SL) hat mit der Entscheidung, den bewaffneten Kampf gegen den peruanischen Staat aufzunehmen, die interne Auseinandersetzung verursacht.
- *Sendero Luminoso* ist für 54% der von der Wahrheitskommission registrierten Morde verantwortlich, der MRTA für 1,5%. (§§12, 13, 34). Die Verantwortung für alle weiteren Fälle, die von der Kommission aufgeklärt werden konnten, verteilt sich auf Militär und Polizei sowie zu geringeren Anteilen auf Todesschwadronen und *Rondas Campesinas*.
- Es bestand eine enge Relation zwischen sozialer Exklusion und der Wahrscheinlichkeit, zum Opfer zu werden. 40% der Opfer waren im andinen Department Ayacucho zu beklagen (§4).
- 75% der Opfer sprachen Quechua oder andere indigene Sprachen. Gemäß des Zensus von 1993 zählen 16% der Bevölkerung zu dieser Gruppe.
- Die Tragödie, die hauptsächlich von der armen, ländlichen, wenig gebildeten, quechuasprachigen Bevölkerung in den Andenregionen und den Ashaninkas im peruanischen Amazonasgebiet erlitten wurde, wurde vom Rest des Landes nicht als Eigene erfahren. Dies zeigt den bestehenden Rassismus und die abschätzige Haltung, die noch zwei Jahrhunderte nach der Gründung der Republik bestehen (§9).
- Die Strategie der totalitär organisierten Guerillaorganisation *Sendero Luminoso* beruhte auf einer fundamentalistischen Ideologie (§16ff.).
- Verschiedene Verlautbarungen von *Sendero Luminoso* belegen ihr „genozidales Potential“ (etwa: „Der Triumph der Revolution wird eine Million Tote kosten“, 1988), (§21)
- Die Beurteilung der exekutiven Schuld ist differenziert. Betont wird das Bemühen der Präsidenten Belaúnde und García um eine Beibehaltung bzw. Festigung demokratischer Verfahren. Die historische Schuld der Regierungen wird in der Unfähigkeit verortet, auf die Bedrohung eine integrale Antwort zu finden, die sich nicht nur auf die militärische Komponente (und zunehmend auf die Bedrohung und Terrorisierung der Bevölkerung) stützte (§38).
- Die Verübung von schweren Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Polizei waren keine individuellen Exzesse, sondern Teil einer systematischen Praxis (§55).
- Fujimori betrieb aktiv die Durchlöcherung des Rechtsstaates, der mit dem Selbstputsch von 1992 endgültig kollabierte. Die Ära Fujimori und die breite Unterstützung des autoritären Politikstils zeigt die Schwäche des demokratischen Systems.
- Als weitere entscheidende Akteure werden das Justizsystem, der Kongress, die Kirchen, Medien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, der Bildungssektor, die Menschenrechtsbewegung und die Parteien genannt. Für alle Akteursgruppen wird die Positionierung zu den Kriegsparteien aufgezeigt. Die historische Schuld dieser Akteure oszilliert dabei zwischen Untätigkeit (Kongress, Justiz, Erzbischof Ayacucho) und Unterstützung der Gewaltlogik (an Universitäten oder in linken Parteien).

Die Zusammenstellung der 171 Schlussfolgerungen der Kommission spiegelt den Fokus der Berichterstattung wider, der nicht in der Dokumentation und Aufklärung der Verbrechen besteht, sondern in der Schilderung der Ursachen und des Verlaufs der bewaffneten Auseinandersetzung. Auch wenn die quantitative Analyse der Gewalt – die statistische Schätzung der Todesopfer – eine heftige Auseinandersetzung entfachen sollte, stand die von der Kommission vorgenommene Zuweisung der politischen und moralischen Schuld im Mittelpunkt der nachfolgenden Debatten.

Kaum etwas, so der Kommissionsvorsitzende Salomón Lerner in seiner Abschlussrede, sei während der Jahrzehnte der Gewalt unternommen worden: „Keine Gerechtigkeit, keine Widertun, keine Sanktionen. Schlimmer noch: es hat noch nicht einmal die Erinnerung an das Geschehene existiert. Und das bringt uns zu der Überzeugung, dass wir immer noch in einem Land leben, in dem eine so absolute Exklusion herrscht, dass es möglich ist, dass Zehntausende von Menschen verschwinden, ohne dass die integrierte Gesellschaft, die nicht ausgeschlossene Gesellschaft, davon Notiz nimmt. Tatsächlich sind wir Peruaner in unseren schlimmsten Schätzungen davon ausgegangen, dass die Gewalt 35.000 Opfer gefordert hat. Was wird nun unsere politische *community* sagen, jetzt, wo wir wissen, dass weitere 35.000 unserer Brüder fehlten, ohne dass dies zur Kenntnis genommen wurde?“ Obwohl es sich in Peru um keine ethnische Auseinandersetzung gehandelt hatte, zeigte die überdurchschnittliche Betroffenheit indigener Bevölkerungsgruppen die ethnische Komponente der bewaffneten Auseinandersetzung und das Problem der sozialen Exklusion der indigenen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund besaß die Berichterstattung der (nicht-indigenen) Kommission ein bedeutendes moralisches Gewicht.

Am Nachmittag des 28. August übergaben die Kommissionsmitglieder ein Exemplar des Berichtes an den Vorsitzenden des Kongresses, Henry Pease. Als die zwölf Mitglieder der Wahrheitskommission das Kongressgebäude betraten, versuchte eine Gruppe fujimoristischer Abgeordnete, die Zeremonie mit lauten Rufen zu stören. Im Anschluss begaben sich die Kommissionsmitglieder in den Justizpalast, wo auch der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Hugo Sivina Hurtado, das historische Werk erhielt.

Zurechnung und Abweisung von Schuld

In der Debatte über das historische Urteil der Kommission waren einerseits viele Stimmen zu vernehmen, die die von der Kommission eingeleitete Auseinandersetzung mit der Vergangenheit relevanter gesellschaftlicher Akteure begrüßten. Auch Toledo, der sich seit Beginn seiner Amtszeit als unabhängiger Beobachter der Vergangenheit zu präsentieren gesucht hatte, unterstrich erneut den Willen seiner Regierung, Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung zu schaffen und in diesem Zusammenhang die Tätigkeit der Wahrheitskommission zu unterstützen.

Andererseits wurden zentrale Aussagen der Kommission angefochten. Selbst eines der Kommissionsmitglieder, der General im Ruhe-

stand Luis Arias Grazziani, hatte den Wahrheitsbericht nur mit einer Vorbehaltsklausel unterzeichnet. Die Bedenken des Generals bezogen sich auf die zentralen Streitpunkte: auf die Charakterisierung des „Leuchtenden Pfades“ als politische Partei und auf den Nachweis einer systematischen Praxis von Menschenrechtsverletzungen seitens des Militärs.

Die Diskussion um die Schlussfolgerungen der Kommission zeigte, dass die politischen Gräben nicht überbrückt worden waren. Der Vorsitzende der „Vereinigung der Verteidiger der Demokratie gegen Terrorismus“ (ADECOT), General (i.R.) José Valdivia Dueñas, sagte, der Bericht der Kommission habe die Ziele der Terroristen verwirklicht: das Image der Streitkräfte zu zerstören, die Kirche und die Zivilgesellschaft zu polarisieren und die politischen Parteien zu destabilisieren. Auch Ex-Präsident Alan García schlug in alte Kerben und ließ verlauten, dass es gefährlich sei, die Verantwortung von Staat und Terroristen auf derselben Ebene anzusiedeln und *Sendero Luminoso* als politische Partei zu bezeichnen.

Als die Kommission am 29. August ihre Ergebnisse auf dem Marktplatz von Huamanga vorstellte, reagierte der Kommissionsvorsitzende gleichsam prophylaktisch auf die zu erwartende Kritik und betonte, dass die Terrororganisation *Sendero Luminoso* verantwortlich für die Gewalt gewesen sei und eine kriminelle Natur mit genozidalen Zügen besessen habe. Aufgrund der Schwere der Verbrechen könne die Organisation, die sich „Kommunistische Partei Perus – Leuchtender Pfad“ nannte, keinen Platz in der demokratischen Gesellschaft haben. In diesen Äußerungen spiegelte sich das spezifische Dilemma des peruanischen Aufarbeitungsprozesses. Während dieser auf der einen Seite auf die Zurechnung politisch-historischer Schuld zusteuerte, war die Arbeit vieler Kommissionsmitglieder von der Motivation getragen, eine sozialwissenschaftliche Aufarbeitung der politischen Gewalt vorzunehmen und zugleich die eigene Geschichte durchzuarbeiten.

Für die Härte der politischen Konfrontation war bezeichnend, dass die Staatsanwaltschaft in Lima Untersuchungen gegen die Kommissionsmitglieder eingeleitet hatte, da sie verdächtigt wurden, Verbindungen zum „Leuchtenden Pfad“ zu unterhalten und die Terrororganisation durch ihre Berichterstattung zu unterstützen (*Perú* 21, 4.9.2003). Ebenso bezeichnend war die Ankündigung des ehemaligen Vorsitzenden des Unternehmensverbandes *Confederación Nacional de Instituciones Empresariales Privadas* (CONFIEP), Ricardo Vega Llona, eine Unterstützungs-

gruppe für diejenigen Militär- und Polizeiangehörigen, gegen die Strafverfahren eingeleitet werden würden, zu gründen. Mit dieser Initiative zielte er auf die moralische und finanzielle Unterstützung der Personen, die aufgrund der Ergebnisse der Wahrheitskommission angeklagt werden würden.

Mit Bischof Isidro Sala und Kardinal Juan Luis Cipriani hatten schließlich auch Vertreter der katholischen Kirche, deren mangelndes Engagement in der „Zeit der Angst“ von der Wahrheitskommission kritisiert wurde, Ergebnisse der historischen Aufklärung zurückgewiesen.

	Name der Kommission	Tätigkeit	Abschlussbericht
Bolivien	<i>Comisión Nacional de Investigación de Desaparecidos</i> (Nationale Kommission zur Untersuchung der Verschwundenen)	1982-1984	Kommission löste sich ohne Abschlussbericht auf
Argentinien	<i>Comisión Nacional para la Desaparición de Personas</i> CONADEP (Nationale Kommission zum Verschwindenlassen von Personen)	1983-1984	<i>Nunca Más</i> (Nie wieder)
Uruguay	<i>Comisión Investigadora sobre la Situación de Personas Desaparecidas y Hechos que la motivaron</i> (Untersuchungskommission zur Situation der verschwundenen Menschen und zu den Gründen)	1985	<i>Informe Final de la Comisión Investigadora sobre la Situación...</i> (Abschlußbericht der Untersuchungskommission zur Situation...)
Chile	<i>Comisión Nacional para la Verdad y Reconciliación</i> (Nationale Kommission für Wahrheit und Versöhnung)	1990-1991	<i>Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación</i> (Bericht der Nationalen Kommission für Wahrheit und Versöhnung)
El Salvador	<i>Comisión de la Verdad</i> (Wahrheitskommission)	1992-1993	<i>De la Locura a la Esperanza</i> (Vom Wahnsinn zur Hoffnung)
Haiti	Nationale Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit	1995-1996	<i>Si M Pa Rele...</i> (Wenn Du es nicht hinausschreist...)
Ecuador	Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit	1996-1997	Kommission löste sich ohne Abschlussbericht auf
Guatemala	<i>Comisión para el Esclarecimiento Histórico</i> (Kommission zur historischen Aufklärung)	1997-1999	<i>Guatemala: Memoria del Silencio</i> (Guatemala: Erinnerung an das Schweigen)
Panama	<i>Comisión de la Verdad</i> (Wahrheitskommission)	2001-2002	“...la Verdad os hará libres” (Die Wahrheit wird Euch befreien)
Peru	<i>Comisión de la Verdad y Reconciliación</i> (Kommission für Wahrheit und Versöhnung)	2001-2003	<i>Informe final</i> (Abschlussbericht)

Perspektiven von Versöhnung

Mit der Einsetzung der „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ wurde erstmals in Lateinamerika die Bearbeitung der Vergangenheit vor der Beendigung der Vergangenheit in Angriff genommen. In Peru war die Einrichtung der Wahrheitskommission nicht, wie in El Salvador und Guatemala, das Ergebnis von Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Guerilla, sondern eine einseitige Maßnahme der Exekutive nach dem Zusammenbruch des Fujimori-Regimes.

Versöhnung hatte in den vergangenen Jahrzehnten nicht auf der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Tagesordnung gestanden. Der Fanatismus des „Leuchtenden Pfades“, der auch zur Bekämpfung von Kirche und sozialer Bewegung führte, war ein wesentlicher Grund dafür, dass die militärische Bekämpfung immer den Vorrang vor einer Verhandlungslösung besessen hatte. Auch als die „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ ihre Arbeit aufgenommen hatte, garte der bewaffnete Konflikt weiter. Im Juni 2003, kurz bevor vier Protagonisten des bewaff-

neten Aufstandes öffentliche Erklärungen abgaben, in denen sie die Gewalt der Vergangenheit bereuten und die Demokratie als bestmögliche Regierungsform anerkannten, hatte eine Einheit von *Sendero Luminoso* 71 Mitarbeiter der argentinischen Firma *Techint* entführt und wenig später freigelassen. Obwohl *Sendero Luminoso* nach der Verhaftung ihres Anführers fast zerschlagen wurde, bestehen kleine Kampfverbände bis in die heutige Zeit. Vor diesem Hintergrund bezeichnete die Präsidentin des Ministerrates Beatriz Merino den Kampf gegen die Subversion Anfang September als verteidigungspolitische Priorität.

Versöhnung mit der Wahrheit?

Die mit der Tätigkeit einer Wahrheitskommission intendierte öffentliche Katharsis war in Peru kein Vorgang, der alle relevanten gesellschaftlichen Akteure einbezogen hatte. Bedeutende Akteure der bewaffneten Auseinandersetzung verweigerten sich dem öffentlichen Schuldeingeständnis und der Offenlegung der eigenen Verstrickung. Während sich Abimael Guzmán, die Ikone des Terrors, und hochrangige Vertreter von Militär und Polizei weigerten, öffentlich Stellung zu beziehen, suchten insbesondere die Vertreter von AP und APRA, ihre Politik der Aufstandsbekämpfung zu verteidigen. Versöhnung war ein Prozess, der sich nur an wenigen Knotenpunkten der peruanischen Gesellschaft zutrug. Auf der einen Seite, und dies rührt an den Daseinsgrund von Wahrheitskommissionen, hat es bedeutende Initiativen zur Aufarbeitung von Vergangenheit dort gegeben, wo unermessliches Leid erfahren wurde. Diesbezüglich konnte die mit einem finanziell und zeitlich begrenzten Mandat ausgestattete Wahrheitskommission nur punktuell wirken. Eine am 23. und 24. August von der Universität Lima in der Hauptstadt durchgeführte Umfrage ergab, dass lediglich 20% der 624 Befragten über die Arbeit der Wahrheitskommission informiert war. Die Tatsache, dass das globale Dorf per Internet *en detail* über die Etappen der Wahrheitsfindung informiert wurde, das Wissen über die Existenz einer Wahrheitskommission in den realen Dörfern jedoch wenig verbreitet war, zeigt eine der strukturellen Schwächen des ambitionierten Projektes der institutionalisierten Wahrheitsfindung.

Auf einer zweiten Ebene stellte die Tätigkeit der peruanischen Wahrheitskommission den einzigartigen Versuch dar, die Geschichte der aufständischen Gewalt des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive derjenigen Gruppierungen aufzuarbeiten, die in den 1960er und 70er Jahren selbst von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt gewesen waren und sich erst von *Sendero Luminoso* distanziert hatten, als sich dessen Fanatismus erwies.

Die praktische Durchführung des Projektes zur historischen Aufklärung einer Vergangenheit, die nicht durch staatlichen Terror geprägt war, sondern von der Blutspur, die eine Guerillaorganisation durchs Land gezogen hatte, zeigt die engen Grenzen und vielfältigen Möglichkeiten dieser Form der Aufarbeitung von Vergangenheit. Während das politische Leben in der Hauptstadt von der Unversöhnlichkeit politischer Kontrahenten gekennzeichnet ist, enthalten die unterschiedlichen Aktivitäten der Kommission (Anhörungen, Exhumierungen, Ausstellungen, regionale Geschichtswerkstätten) das Potential für eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der Geschichte des Leids.

Wichtige Quellen:

- Basombrío, Carlos (1999): Peace in Peru: An Unfinished Task, in: Arnson, Cynthia J. (ed.): Comparative Peace Processes in Latin America. Washington: Woodrow Wilson Center Press, S. 205-222.
- Hayner, Priscilla (2001): Unspeakable Truths. Facing the challenge of truth commissions. New York, London.
- McClintock, Cynthia (1999): The Decimation of Peru's Sendero Luminoso, in: Arnson, Cynthia J. (ed.): Comparative Peace Processes in Latin America. Washington: Woodrow Wilson Center Press, S. 223-250.
- Steinhauf, Andreas (2001): Politische Krise und die Frage der Menschenrechte in Peru, in: Arnim, Gabriele v. et.al. (Hrsg): Jahrbuch Menschenrechte 2002. Frankfurt/Main.
- Caretas (www.caretas.com.pe)
- El Comercio (www.elcomerciope.com)
- La República (www.larepublica.com.pe)
- Comisión de la verdad y reconciliación (www.cverdad.org.pe)
- International Center for Transitional Justice (www.ictj.org)

Autorennotiz:

Anika Oettler, Soziologin, ist seit März 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Sie hat zum Thema „Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala“ promoviert. Regionale Schwerpunkte: Zentralamerika und Peru. Thematische Schwerpunkte: Menschenrechte, Transitionsprozesse, Zivilgesellschaft, Multikulturalität, Aufarbeitung von Vergangenheit.
E-Mail: oettler@iik.duei.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte / Bert Hoffmann; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß / Ditta Kloth

Bezugsbedingungen: € 61,59 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: sekretariat@public.uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Sabine Kurtenbach / Mechthild Minkner-Bünjer / Andreas Steinhof (Hg.):

Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika

Frankfurt/M.: Vervuert 2003 (im Druck)

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg - Band 59

Politisch, wirtschaftlich und sozial häufen sich in den Andenländern seit Mitte der 90er Jahre die Krisenszenarien und negativen Schlagzeilen. Der Sammelband analysiert die Krise der Andenländer ebenso in ihrer regionalen und sektoralen Dimension (Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, Drogenhandel, indigene Bewegungen, neue soziale Akteure, Menschenrechte) wie in ihrer spezifischen nationalen Ausprägung in Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela. Darüber hinaus werden die Reaktionen und der Umgang externer Akteure mit der Krise der Andenländer sowohl aus wissenschaftlicher wie aus praxisnaher Perspektive untersucht (Andenländerkonzept der Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Andengemeinschaft, EU, Brasilien, USA). So unterschiedlich die Ansätze und Themen des vorliegenden Bandes auch sind, so machen sie doch eines deutlich: Nur wenn es gelingt schnell auf verschiedenen Ebenen und nicht nur gegenüber einzelnen Symptomen der Krise Ansätze für kreatives Krisenmanagement und ein integriertes Vorgehen zu identifizieren und umzusetzen, wird es der Region und den dort lebenden Menschen erspart bleiben, von der Krise ins Chaos abzurutschen.

Bezug über:

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

Soeben erschienen:

Lateinamerika Jahrbuch 2003

Herausgegeben von Klaus Bodemer, Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister

**Frankfurt/M.: Vervuert 2003,
332 S., ISSN 0943-0318 / ISBN 3-89354-431-3**

Einzelpreis: € 23,-